
Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

18 Vogelgrippe unter Kontrolle

Nach der Meldung über das erste Auftreten der Vogelgrippe im Kreis Long'an der autonomen Region Zhuang in der Provinz Guangxi am 23. Januar (vgl. hierzu und zu ersten Maßnahmen der Regierung C.ä., 2004/01, Ü 19), die am 27. Januar vom National Bird Flu Reference Laboratory in Harbin bestätigt wurde, wurden bis Mitte Februar täglich neue Verdachtsfälle in den Provinzen Hunan, Hubei, Guangdong, Zhejiang, Yunnan, Henan, Xinjiang, Gansu, Anhui, Shaanxi, Jiangxi, Jilin sowie in den Großstädten Shanghai und Tianjin bekannt, die in den meisten Fällen bestätigt wurden, insgesamt 49 Fälle in 16 Provinzen, Städten und autonomen Gebieten.

Die Ausbrüche wurden unmittelbar nach ihrem Bekanntwerden der FAO und der WHO mitgeteilt und das chinesische Landwirtschaftsministerium meldete ein ums andere Mal, die vom Virus H5N1 verursachte Epidemie sei unter Kontrolle, Ansteckungen von Menschen seien nicht bekannt. Das Gesundheitsministerium habe gerade die Überwachung der Mensch-zu-Mensch-Infektion verstärkt und einen entsprechenden Dringlichkeitsplan mit Vorsorgemaßnahmen verfasst. Die lokalen Regierungen hätten sofort mit dem Schlachten der Tiere begonnen sowie Immunisierungs-, Hygiene- und Quarantänemaßnahmen über die betroffenen Gebiete verhängt. Im Umkreis von drei km würde alles Geflügel gekeult, im Umkreis von fünf km alle Vögel geimpft und innerhalb von zehn km seien alle Geflügelmärkte zu schließen. Die Zentralregierung habe zur Unterstützung Taskforces entsandt und später auch Expertenteams zur Überprüfung der Quarantäne.

Nach dem 17. Februar wurden keine neuen Fälle mehr gemeldet und am 22. Februar wurde die als erste betroffene Kleinstadt Dingdang im Kreis Long'an aus der Quarantäne entlassen, da dort seit 3 Wochen keine weitere Infektion aufgetreten war. Kurz da-

rauf wurde auch die Isolation weiterer betroffener Städte, Distrikte und Kreise aufgehoben. Eine generelle Entwarnung könne jedoch, so der für die Bekämpfung verantwortliche stellvertretende Ministerpräsident Hui Liangyu am 26. Februar vor dem Ständigen Komitee des 10. Nationalen Volkskongresses, noch nicht gegeben werden. Nach seiner ersten Bilanz waren 143.000 Stück Geflügel von dem Virus befallen worden, von denen 128.000 starben; 8,51 Mio. Vögel wurden bis zum 25. Februar gekeult und 12,11 Mio. geimpft.

Die klassischen Methoden zum Infektionsschutz wie Keulen, Hygiene und Isolation waren demnach auch in China die Hauptmaßnahmen, zumal kein wirksamer Impfstoff gegen das in Asien grassierende H5N1-Virus bekannt ist. Gleichwohl betonte Hui, dass die chinesische Regierung insgesamt 50 Mio. Yuan RMB (6 Mio. US\$) für die Produktion von Impfstoffen zur Verfügung gestellt habe und weitere 100 Mio. Yuan RMB für die Erforschung und Entwicklung präventiver Technologien. China hat außerdem einen Schnelltest entwickelt, der mit vier Stunden wesentlich kürzer ist als der international gebräuchliche 21-Tage-Test (XNA, 31.1.-29.2.04).

Die schnelle Unterdrückung der Epidemie legt den Schluss nahe, dass die chinesische Regierung das Virus entschieden und konsequent bekämpft hat. Dennoch hatte es zunächst Zweifel daran gegeben – sicherlich genährt durch den Umstand, dass das Virus nahezu gleichzeitig in mehreren asiatischen Ländern aufgetaucht war und sich also rasant verbreitet haben musste, und durch die Erinnerung an das lange Verschweigen der SARS-Fälle in Südchina im letzten Jahr. Ende Januar hatte ein WHO-Experte Vorwürfe gegen die chinesische Regierung erhoben, sie habe das Auftreten der Vogelgrippe bereits Anfang 2003 nicht gemeldet und durch Massimpfungen sogar zu dessen Verbreitung beigetragen, was natürlich von der chinesischen Regierung entschieden zurückgewiesen wurde. Grippeviren, so auch das Gesundheitsministerium, würden seit April 2002 gesammelt und analysiert, aber bis zum Januar 2004 sei kein einziges H5N1-Virus separiert worden (XNA, 3.2.04). Auch der Generaldirektor der World Organization

for Animal Health, Bernard Vallat, warnte in Paris vor voreiligen Schlüssen über den Ursprung der Grippe. Diesen zu finden bedürfe es weit mehr Informationen und China bezichtigende Presseberichte seien daher nicht ernst zu nehmen (XNA, 11.2.04).

Anfang Februar warnte eine WHO-Expertin angesichts der ersten Verdachtsfälle einer Mensch-zu-Mensch-Übertragung in Vietnam und der immer neuen Fälle in China erneut die obersten Führungsebenen, sich intensiv um die Eindämmung der Grippe zu kümmern. Auch seien gerade die Impfmaßnahmen keinesfalls sicher. Impfungen mit nicht exakt auf das Virus abgestimmten Wirkstoffen (die chinesische Regierung selbst warnte immer wieder vor dem Gebrauch falscher Impfstoffe), die u.U. noch unvollständig durchgeführt würden, könnten einen Schutz vorspiegeln und so weitere Ansteckungen verdecken. China verteidigte sein Impfprogramm zwar sofort gegen diesen Vorwurf, legte aber den verwendeten Impfstoff nicht exakt offen (FT, 2.2.04; ST, 1.2.04).

Nachdem die massiven Maßnahmen der chinesischen Zentral- und Lokalregierungen zur Unterdrückung der Epidemie allerdings angelaufen waren, zeigte sich die WHO, die zwei niederländische Experten zur Unterstützung nach Beijing entsandte, offiziell zufrieden mit der Haltung der chinesischen Führung, deren Vorgehen sie als sehr transparent bezeichnete. Auch die chinesische Regierung hob immer wieder hervor, dass man alle Fälle sofort der FAO und WHO gemeldet habe und aktiv die internationale Kooperation suche (XNA, 5., 26.2.04).

Dennoch möglicherweise verbleibende Zweifel, ob die chinesische Regierung tatsächlich aus SARS gelernt habe, versuchte diese von Beginn an aktiv zu zerstreuen. Der Kampf gegen die Vogelgrippe wurde als landesweite Kampagne geführt, die lokale und zentrale Aktivitäten ebenso kombinierte wie Maßnahmen zur Eindämmung in den betroffenen Gebieten mit präventiven Maßnahmen in ganz China. Letztere dürften angesichts der Vielzahl von – vor allem kleinen – Geflügelhaltern in China von besonderer Bedeutung sein und wurden dementsprechend in einem Kommentar der *Volkszeitung* ausdrücklich betont (RMRB

online, 7.2.04). Ohne die Mobilisierung der NGOs und Grass-roots-Organisationen auf dem Lande sei der Kampf nicht zu gewinnen. Die meisten Krankheitsausbrüche sollen auch auf diesen kleinen Höfen erfolgt sein (XNA, 19.2.04).

Als Beispiel für die Präventivmaßnahmen sei die Stadt Wuhan genannt, die unmittelbar nach Bekanntwerden von Grippefällen in der Provinz Hubei ein umfassendes Vorsorgeprogramm startete: Über 7,3 Mio. Vögel wurden geimpft und Geflügelzuchtfarmen, Geflügelmärkte, Supermärkte und Schlachtereien desinfiziert. Der Ankauf von Geflügel und Geflügelprodukten aus betroffenen Gebieten wurde verboten und alle Handelsvorgänge mit Geflügel aufgezeichnet. Ähnliche Maßnahmen wurden in allen Gebieten Chinas ergriffen, wobei z.T. auch alle Geflügelmärkte geschlossen wurden (XNA, 31.1.04 ff.).

Bereits kurz nach Ausbruch der Grippe schaltete sich die Zentralregierung mit einem Beschluss zu ihrer Bekämpfung und mit der Einrichtung einer nationalen Präventionszentrale ein, symbolisch unterstützt durch den Besuch von Ministerpräsident Wen Jiabao in zwei betroffenen Regionen der Provinzen Anhui und Hubei am 31. Januar und 1. Februar (XNA, 2.2.04). China, so die Sprecherin des Landwirtschaftsministeriums Zhang Qiyue, sehe die Vogelgrippe nicht nur als Gesundheitsproblem, sondern als Herausforderung an seine ökonomische und soziale Entwicklung. Daher würden alle betroffenen Regierungsabteilungen die Epidemie bekämpfen (XNA, 3.2.04). Entsprechend betonten alle Ministerien ihr sofortiges Eingreifen. Das Eisenbahnministerium z.B. installierte ein 24-Stunden-Berichtssystem mit täglichen Berichten ans Ministerium, das Gepäckkontrollen für alle Passagiere einschloss. Tiere sollten nur noch mit Quarantänezertifikaten transportiert werden. Später wurde an einigen Bahnhöfen jeglicher Tiertransport eingestellt (XNA, 3., 9.2.04).

Das Landwirtschaftsministerium gab am 5. Februar bekannt, es habe ein umfassendes Kontrollnetz mit 300 Beobachtungsstationen unter der Kontrolle des Ministeriums und weiteren 147 Kontrollpunkten an den Grenzen errichtet. Außerdem seien Unter-

suchungslabors auf Provinz- und Ministeriumsebene eingerichtet und Notfallpläne sowie technische Standards entwickelt worden, um Tierkrankheiten zu überwachen. Gerade hier habe man auch die Erfahrungen mit SARS genutzt. Die Leiter der Lokalregierungen seien vollständig für die Umsetzung der vom Staatsrat beschlossenen Maßnahmen verantwortlich gemacht worden (XNA, 5.2.04).

Am 7. Februar gaben neun Ministerien in einer gemeinsamen Mitteilung bekannt, dass und wie sie ihre Aktivitäten zur Bekämpfung der Epidemie koordinieren wollten. Diese reichten von der Überwachung der Märkte und der Bekämpfung illegalen Handels durch die Industrie- und Handelsabteilungen über Quarantäne, Monitoring und Berichte bis zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung durch die Abteilungen für öffentliche Sicherheit und die bewaffnete Polizei (XNA, 7.2.04). Inspektionsteams unter Leitung von führenden Ministeriumsmitarbeitern wurden in 11 Provinzen entsandt (XNA, 8.2.04).

Am 11. Februar trat der Staatsrat unter Leitung von Wen Jiabao zusammen, um die bis dahin ergriffenen Maßnahmen zu beurteilen und das weitere Vorgehen zu besprechen. Auf der Grundlage von Berichten des Nationalen Zentrums zur Prävention und Kontrolle der Vogelgrippe sowie der Staatlichen Entwicklungs- und Reformkommission wurde ein Beschluss gefasst mit dem Titel „A Number of Policies on Dealing with Highly Pathogenic Bird Flu and Supporting the Development of the Poultry Business“. Das Treffen würdigte die Arbeit der Lokalregierungen und Regierungsabteilungen, die die Vorgaben der Zentralregierung aktiv und planmäßig umgesetzt hätten; da die Epidemie an vielen Orten noch nicht effektiv unter Kontrolle sei und auch neue Fälle in neuen Regionen auftreten, sollten die Anstrengungen verstärkt werden. Die sieben beschlossenen Aufgaben zielten auf eine verbesserte Leitungsarbeit und wissenschaftlich begründetes Vorgehen, die Verbindung von Kontrollen und Prävention durch die Regierungen und die Bevölkerung, resolutes Vorgehen bei Ausbruch des Virus und unbedingten Schutz des eingesetzten Personals, um die Übertragung auf Menschen zu verhindern.

Darüber hinaus aber sollte sichergestellt werden, dass unter den Präventionsmaßnahmen nicht die Agrarproduktion und die Einkommen der Bauern litten, zumal die Frühjahrsarbeit gerade beginne. Auch sollten die von Keulen und Immunisierung betroffenen Bauern gewissenhaft entschädigt und beim Wiederaufbau ihrer Bestände z.B. durch Steuervorteile und Bankkredite unterstützt werden. Und schließlich sprach sich das Treffen für den Aufbau eines Veterinärsystems aus, um auf künftige Epidemien besser vorbereitet zu sein (XNA, 11.2.04, nach BBC PF, 11.2.04).

Das Gesundheitssystem auf dem Lande, in diesem Fall die veterinäre Versorgung, bei SARS die Humanmedizin, ist in der Tat ein großer Schwachpunkt des gesamten Gesundheitswesens in China, zumal die landwirtschaftliche Produktion selbst zu großen Teilen noch sehr rückständig ist. Gerade den einfachen Bauern, deren Mitarbeit bei der Verhinderung und Bekämpfung von Epidemien unumgänglich ist, fehlt es häufig an entsprechendem Wissen (vgl. auch RMRB online, 7.2.04). Dass im Jahr 2003 ein Übergreifen von SARS auf das Land verhindert werden konnte, wurde als wesentlicher Faktor dafür betrachtet, dass die Krankheit so schnell unter Kontrolle gebracht werden konnte. Als Lektion aus der Vogelgrippe will daher auch der stellvertretende Ministerpräsident Hui dem Nationalen Volkskongress im März vorschlagen, ein Veterinärbüro beim Landwirtschaftsministerium einzurichten (XNA, 26.2.04). Und der Abgeordnete Wang Jinyou, Präsident der Geflügelabteilung der chinesischen Handelskammer für den Im- und Export von Nahrungsmitteln, Naturprodukten und tierischen Nebenprodukten, will einen Antrag auf Errichtung eines offiziellen Veterinärsystems stellen; er verweist auf ein Experiment in der Stadt Zhucheng, die bereits Ende 2001 ein System mit getrennten Kontrollen und medizinischen Dienstleistungen erfolgreich eingeführt hat (XNA, 19.2.04).

Das Staatsratstreffen am 11. Februar machte aber auch in einem weiteren Punkt deutlich, dass man gewillt ist, aus den Vorwürfen Schlüsse zu ziehen, die im Zusammenhang mit SARS erhoben wurden: Es wur-

de eine Entschließung mit dem Titel „Opinions on Implementing Improvement and Strengthening of the Work of Releasing News on Sudden Incidents in China“ angenommen, wobei die Begründung deutlich macht, dass man dabei nicht nur die internationale Presse im Auge hatte, sondern auch die innenpolitische Situation und nicht zuletzt die Legitimation von Partei und Regierung selbst. Die Verbesserung der Informationsarbeit im Falle plötzlicher Vorfälle nütze nämlich, so der Staatsrat, „the overall situation of party and state work, help to safeguard the masses' vital interests and benefit social stability and people's ease of mind“ (XNA, 11.2.04, nach BBC PF, 11.2.04). Im Zuge der offeneren Pressearbeit wurden auch – als Antwort auf Geheimhaltungsvorwürfe eines deutschen Journalisten – ausländische Journalisten zunächst nach Dingdang geführt, darunter von AP, Reuters und Kyodo, später auch in betroffene Gebiete in Hubei (XNA, 11., 19.2.04).

Wenn auch diese Besuche als „zu spät“ kritisiert wurden, da der Virus bereits besiegt und nichts zu sehen war (ST, 14.2.04), so sind doch im Vergleich mit der Informationsarbeit zu Beginn der SARS-Epidemie die Veränderungen in der chinesischen Politik unverkennbar: rasche und umfassende Bekämpfung des Virus, Prävention, koordiniertes Vorgehen verschiedener Regierungsabteilungen, regelmäßige Berichte und relative Transparenz. Dennoch darf man davon ausgehen, dass diese Lektion noch nicht von allen Ebenen verstanden wurde. Das *Wall Street Journal* verwies am 9.2.04 darauf, dass die Veränderungen nur langsam durch die „Zwiebelschichten der Bürokratie“ dringen würden und die Kommunikation von unten nach oben weiterhin unvollständig („spotty“) bleibe und einiges unter den Teppich gekehrt würde. Als Beleg wurde eine Stellungnahme der WHO zum vierten SARS-Fall angeführt, der in diesem Winter in Guangdong – wo SARS auch im November 2002 ausbrach – bekannt wurde. Die Nachricht wurde nämlich erst herausgegeben, als der Patient das Krankenhaus wieder verließ. Das chinesische Gesundheitsministerium habe auf die Kritik hin erklärt, Beamte in Guangdong hätten

es erst informiert, nachdem der Mann bereits seit Wochen krank war.

Sicherlich auch, um derartige Fälle künftig zu vermeiden, hat das Gesundheitsministerium am 11. Februar bekannt gegeben, dass es ab sofort in monatlichen Berichten über das Vorkommen von ansteckenden Krankheiten berichten will. Das Gesetz über die Verhütung ansteckender Krankheiten sehe vor, dass über 27 Krankheiten, darunter Cholera, virale Hepatitis, SARS und AIDS, regelmäßig informiert werden müsse. Dafür sei ein Berichtsnetz geschaffen worden, das 29 der insgesamt 31 Provinzen, autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte einschließe. Deren lokale Gesundheitsagenturen seien in der Lage, in Echtzeit über das Auftreten von Krankheiten oder gesundheitliche Notfälle an das nationale Center for Disease Control and Prevention (CDC) zu berichten. Dabei würden die lokalen CDC die täglich übermittelten Daten prüfen und jeweils am Beginn jeden Monats an das nationale CDC weiterleiten; dieses wiederum informiere bis zum 10. jeden Monats das Gesundheitsministerium, das die Öffentlichkeit ins Bild setze. Den Berichten vom 11. Februar zufolge sind im Januar 2004 173 Menschen an infektiösen Krankheiten gestorben, 17,6% weniger als im Vorjahr (XNA, 11.2.04). -gs-

19 Rückkehrerrekord

Rund 20.100 chinesische Auslandsstudenten sind nach Abschluss ihrer Studien im Jahr 2003 nach China zurückgekehrt, 12,3% mehr als im Vorjahr und die größte Zahl überhaupt seit Beginn der Öffnungspolitik Ende der 70er Jahre, meldete Xinhua am 16.2.04 unter Berufung auf das Bildungsministerium. Unter diesen Rückkehrern haben 13.200 auf eigene Kosten studiert, 15% mehr als im Vorjahr, die Übrigen waren von der Regierung oder ihren Arbeitgebern finanziert worden. Für die steigende Zahl der Rückkehrer, so Xinhua, seien das große Marktpotenzial Chinas sowie die für sie attraktive Politik der Regierung ausschlaggebend; während das eine neue Räume für Entwicklung schaffe, ermögliche die andere den Rückkehrern, erfolgreich Be-

tätigungsmöglichkeiten zu finden. Sie würden, so Xinhua, von den Regierungen auf verschiedenen Ebenen bei der Wohnungssuche ebenso bevorzugt wie bei der Registrierung von Unternehmen, in Steuer-, Landnutzungs-, Finanzierungs- und anderen Fragen. Allein in Shanghai habe es zu Ende November 2003 über 2.700 Unternehmen gegeben, die von Rückkehrern gegründet wurden, seit dem Jahr 2002 komme ein weiteres pro Tag hinzu (XNA, 29.2.04). Die steigende Zahl der Rückkehrer führt allerdings auch zu erhöhter Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, sodass nicht alle unmittelbar ein Unterkommen finden (XNA, 24.2.04).

Gleichzeitig waren im Jahr 2003 117.300 Studenten zu einem Auslandsstudium aufgebrochen, 6,3% weniger als noch im Jahr 2002; die Zahl der Selbstzahler war dabei um 6,8% auf 109.200 gesunken. Für die geringere Zahl machte das Bildungsministerium vor allem den Ausbruch von SARS verantwortlich, der einige Länder zu einer restriktiveren Visavergabe veranlasst hätte.

Insgesamt, so das Ministerium, haben seit 1978 700.200 Chinesen in 108 Ländern und Regionen studiert, von denen 172.800 inzwischen nach China zurückgekehrt seien (also knapp 25%), 356.600 haben ihr Studium oder ihre Forschungen allerdings noch nicht beendet. Von den Wissenschaftlern der Akademie für Wissenschaften (CAS) haben 81% im Ausland studiert (XNA, 16.2.04). -gs-

20 Kinder als Modernisierungsverlierer

Nicht alle Kinder Chinas können sich als „kleine Kaiser“ fühlen, wie dies nach Einführung der Ein-Kind-Ehe häufig beschrieben wurde. Vielfach leiden gerade sie unter der sozialen Ungleichheit, die sich mit den Reformen extrem verschärft hat. In einem Beitrag für das *Wall Street Journal online* (18.2.04) schreibt David Murphy, dass die Zahl der Straßenkinder in China zunehme. Der UN Childrens' Fund nenne Schätzungen des Ministeriums für zivile Angelegenheiten (das allerdings für den Beitrag keine Zahlen liefern wollte) über inzwischen 150.000, danach sei die Zahl der Straßenkin-

der unter 16 Jahren in den letzten zehn Jahren um 50% gestiegen. Experten gingen allerdings davon aus, dass es drei- bis viermal mehr Kinder seien – bis zu 600.000, die auf den Straßen leben. Nur wenige religiöse und Wohlfahrtsorganisationen würden sich der Kinder annehmen und die Regierung würde auch Initiativen, die nicht unter ihrer Kontrolle stehen, nur widerstrebend unterstützen. Andererseits würde die Betreuung von Kindern aus zerbrochenen Familien seitens der Arbeitseinheiten (*danwei*) abnehmen, was neben der ländlichen Armut mit zur Zunahme beigetragen habe. Demzufolge kämen auch viele dieser Kinder aus armen ländlichen Gebieten. Alles, was hier die Kinder zum Weglaufen bewege, stehe in unmittelbarem Zusammenhang mit Armut, erklärt der Beijinger Rechtsanwalt Tong Lihua, der auf Fälle zum Schutz von Kindern spezialisiert ist: häusliche Gewalt, die fehlende Möglichkeit zum Aufbringen von Schulgebühren und das Versagen von Eltern, für ihre Kinder Verantwortung zu zeigen. Neue Schutzbestimmungen würden darauf allerdings z.T. keine Rücksicht nehmen. So seien in Beijing im August 2003 Regeln erlassen worden, die die bisherige Praxis, wonach die Polizei nach periodischen Razzien die Kinder in ihre Heimatprovinzen zurückschickte, ändern sollen: Danach werden die Kinder in Gewahrsam genommen und die Eltern oder die heimischen Lokalregierungen sind für die Rückbringung verantwortlich. Damit aber würden die Kosten auf die ohnehin Armen abgewälzt.

U.a. auf Fälle häuslicher Gewalt ging ein Xinhua-Beitrag mit Daten des Shanghai Children's Medical Center ein (XNA, 9.2.04), demzufolge die meisten Unfälle von Kindern zwischen ein und vierzehn Jahren im eigenen Heim stattfinden, nämlich 52% gegenüber nur 19% auf den Straßen und 12% in der Schule. Zu den Hauptfaktoren für diese Unfälle, so ein Forscher des Instituts für Psychologie bei der Akademie für Wissenschaften, gehören die Sorglosigkeit der Eltern, unsichere Wohnungseinrichtungen und der Mangel erzieherischen Wissens. Gewalt sei eine der Hauptgründe für die physischen und mentalen Verletzungen. Eine landesweite Untersuchung des China Youth & Children Research

Center im Jahr 2002 habe gezeigt, dass 60,9% der verletzten Kinder von ihren Eltern geschlagen worden waren. Fast 40 Mio. Kinder erlitten jährlich in China Verletzungen bei Unfällen, 1,2 Mio. trügen funktionale Schäden davon und 400.000 seien daraufhin behindert. Der dadurch entstehende Schaden betrage Hunderte von Millionen Dollar jedes Jahr. -gs-

Außenwirtschaft

21 Engere wirtschaftliche Kooperation mit Südkorea und Japan

Chinas Außenhandelsbeziehungen zu Südkorea und Japan haben sich in den letzten Jahren mit der zunehmenden regionalen Arbeitsteilung in Nordostasien intensiviert. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die hohen Wachstumsraten bei den Exporten Japans und Südkoreas nach China vor allem durch die Lieferung von Komponenten für Produkte zustande kommen, die in China endmontiert werden und dann in die USA oder die EU geliefert werden. (FT, 11.2.04)

Importe aus Südkorea nahmen im letzten Jahr um 51% zu, und nach eigenen Statistiken wurden aus Japan rd. 39% mehr Produkte als im Jahr 2002 eingeführt. Mit beiden Ländern hat China ein Defizit im Handel, und zwar mit Japan in Höhe von 14,8 Mrd. US\$ und mit Südkorea in Höhe von 23 Mrd. US\$. (Siehe die „Übersicht Daten zur Wirtschaftsentwicklung 2003 veröffentlicht“ in diesem Heft.)

Südkoreanische Unternehmen verstärkten ihre Direktinvestitionen in China in den letzten Jahren; fast die Hälfte aller südkoreanischen Direktinvestitionen flossen im Jahr 2003 nach China. Zu solchen Unternehmen zählt beispielsweise Samsung Electronics, das ankündigte, China zu seiner Hauptbasis für die Herstellung von PCs und Flachbildschirmen zu machen. Hyundai Motor, Südkoreas größter Kfz-Hersteller, und Kia-Motors, ein Tochterunternehmen, drängen ebenfalls nach China, um dort Pkw zu produzieren.

Nach Angaben der Korea International Trade Association haben inzwischen rd. 22.000 südkoreanische Unternehmen in China investiert und beschäftigt dort ca. 1 Mio. Arbeitskräfte. Neben günstigen Standortkosten für die Exportproduktion setzen südkoreanische Unternehmen vor allem auf den chinesischen Binnenmarkt und versuchen dort, ihre Marktanteile auszubauen.

Gleichzeitig ist China in manchen Bereichen bereits ein Konkurrent und aus Sicht vieler Industriezweige auch schon eine Bedrohung für Südkorea geworden, denn selbst kapitalintensive Industrien wie die Schifffahrts- und Stahlindustrie denken inzwischen verstärkt über Investitionen in China nach. So hat Posco, eine Tochter der Pohang Iron Steel, Südkoreas größter Stahlkonzern, vor kurzem rd. 800 Mio. US\$ in China investiert. Mit dem Aufbau von Kapazitäten in China könnte mittelfristig die Wettbewerbsposition südkoreanischer Stahlunternehmen gefährdet werden. Derzeit profitiert Südkorea jedoch von der enormen Stahlnachfrage aus China und exportiert dorthin mehr als das Vierfache wie in die USA. (IHT, 11.2.04)

Vor dem Hintergrund der wachsenden Wettbewerbsfähigkeit Chinas ist auch das Zögern der südkoreanischen Regierung zu verstehen, ein Abkommen über Zollabbau mit China zu unterzeichnen. Mitte Februar d.J. hatte die Regierung nach der Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit Chile angekündigt, dem südkoreanischen Agrarsektor durch Fördermaßnahmen mögliche negative Auswirkungen dieses Abkommens zu ersparen. Eine ähnliche Vereinbarung, so der Minister für Landwirtschaft und Forsten, Huh Sang-man, werde es mit China in absehbarer Zeit jedoch nicht geben. So sei nicht sicher, ob Regierungsmaßnahmen ausreichen könnten, um die Auswirkungen einer Marktöffnung für chinesische Importe zu kompensieren.

Japans Außenhandelsstatistiken weisen im Gegensatz zu den chinesischen Statistiken zwar einen Überschuss zugunsten Chinas aus, doch lagen die Wachstumsraten bei den Exporten nach China deutlich über dem Zuwachs der japanischen Exporte ins-